



**NIEDERSCHRIFT**

**17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (Wahlperiode 2013 - 2018)**

---

Sitzungstermin: Dienstag, 21.04.2015  
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr  
Sitzungsende: 20:15 Uhr  
Sitzungsort: Kantine EBL, Malmöstraße 22, Lübeck

---

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Herr Dr. Marek Lengen - SPD  
Frau Kerstin Metzner - SPD  
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU  
Herr Frank Zahn - SPD

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Herr Claus Schaafberg - Bü90/DIEGRÜNEN

Vertretung für:  
Frau Mählenhoff, Silke

Frau Liane Albrecht - CDU

Vertretung für:  
Frau Menorca, Heidemarie

Herr Rolf Müller - FDP

Vertretung für:  
Herrn Rathcke, Thomas

Frau Ingrid Stockfisch - CDU

Vertretung für:  
Herrn Mauritz, Jochen

Herr Matthias Bünenfeld - Die PARTEI-PIRATEN

Herr Paul Kaitschick - CDU

Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE

Herr Lothar Möller - BfL

Vertretung für:  
Herrn Wegner, Olaf

Herr Christoph Otte - SPD

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU

## Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Ronny Hopp	Fachbereichsdienste
Herr Reinhard Rocksien	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Frau Melanie Wöhlk	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Norbert Siegrist	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Herr Mischa Jelen	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Herr Bernd Neumann	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Frau Alice-Yvonne Beyerle	Stadtplanung
Herr Jan Barmwater	PR FB 3
Herr Jens Clasen	PR Stadtwald

## Protokollführung

Herr Maik Schneider	Fachbereichsdienste
---------------------	---------------------

## Gäste

Herr Dr. Berend Krüger	Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG)
Herr Norbert Jacobsen	Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG)
Herr Heinrich Klaffs	Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG)
Frau Olivia Kempke	Lübeck Management e.V.

## Sonstige Personen

Herr Werner Macziey	Seniorenbeirat
Frau Sonja Lengen	

## **Entschuldigte Mitglieder**

### **Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	entschuldigt
Herr Jochen Mauritz - CDU	entschuldigt
Frau Heidemarie Menorca - CDU	entschuldigt
Herr Thomas Rathcke - FDP	entschuldigt

### **stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Herr Olaf Wegner - BfL	entschuldigt
------------------------	--------------

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.03.2015**
- 4. Mitteilungen**
  - 4.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
  - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
    - 4.2.1. IAG-Grundwassermonitoring
    - 4.2.2. Optimierung Online-Service
    - 4.2.3. Größe der Schutzgebietsflächen in Lübeck
    - 4.2.4. Situation Kfz-Zulassungsstelle
  - 4.3. Beantwortung von Anfragen**
    - 4.3.1. Anfrage Frau Menorca - Überprüfung Hundesteuermarken
    - 4.3.2. Anfrage Herr Röttger - Holzeinschlag Stadtwald
  - 4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
    - 4.4.1. Verkaufsoffene Sonntage Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag von BM Bruno Böhm - Sitzung der Bürgerschaft 26. März 2015 (VO Nr. 2509)  
Vorlage: VO/2015/02614
    - 4.4.2. Umbenennung in Zuwanderungsabteilung Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der SPD-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft 26. März 2015 (VO Nr. 2505)  
Vorlage: VO/2015/02615
- 5. Anträge**
- 6. Vorlagen**
  - 6.1. Bebauungsplan 02.11.00 - Ratzeburger Allee / Gärtnergasse  
- Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2015/02531
- 7. Berichte und Antworten**
- 8. Neue Anfragen und Verschiedenes**
  - 8.1. Anfrage Herr Dr. Lengen - "Alte Scheune" Moisling
  - 8.2. Anfrage Herr Martens - Ladestationen Elektroautos
  - 8.3. Anfrage Frau Metzner - EC-Kartenlesegeräte Stadtteilbüros/Zulassungsstelle

- 8.4. Anfrage Frau Wind-Olßon - Vereidigung Wehrführer
- 8.5. Anfrage Herr Schaaßberg - Baumfällungen Parkhaus Burgfeld
- 8.6. Verschiedenes Herr Senator Möller - Bürgerkoffer

Nichtöffentlicher Teil:

- 9. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 17.03.2015**
- 10. Mitteilungen**
- 11. Vorlagen**
- 12. Berichte und Antworten**
- 13. Neue Anfragen und Verschiedenes**

Öffentlicher Teil:

- 14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Öffentlicher Teil:

## zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag das bürgerliche Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Verpflichtet wird: Frau Liane Albrecht

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der TOP 4.3.2, 4.2.1, 4.4.1 und 6.1 mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste sowie die gemeinsame Beratung der TOP 4.2.2 und 4.2.4.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Frau Wind-Olßon beantragt die Antwort zum TOP 4.3.1 der Niederschrift nachrichtlich beizufügen, da Frau Menorca nicht an der Sitzung teilnimmt.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Müller würde in der heutigen Sitzung gern mehr über das weitere Verfahren zum Gutachten zur Wirtschaftlichkeit und zu Organisationsstrukturen der Berufsfeuerwehren in Lübeck und Kiel erfahren, da es dazu am 27.03.2015 einen Termin in Kiel gegeben habe. Herr Senator Möller merkt an, dass der Termin auf Mai verschoben worden und momentan nichts zu berichten sei.

Im Vorwege der Sitzung sind keine nichtöffentlichen Themen angemeldet worden. Daher schlägt Herr Schubert vor, nur einen nichtöffentlichen Teil herzustellen, sobald sich während der Sitzung nichtöffentliche Themen ergeben sollten.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

### zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.03.2015

Herr Schubert beantragt die Feststellung der gesamten Niederschrift vom 17.03.2015, da man in der letzten Sitzung nur die nichtöffentliche Niederschrift genehmigt habe und keine weiteren nichtöffentlichen Punkte beraten worden seien.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen zu und stellt die Niederschrift einstimmig fest.

### zu 4 Mitteilungen

#### zu 4.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegt nichts vor.

#### zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

##### zu 4.2.1 IAG-Grundwassermonitoring (vorgezogen)

Herr Jacobsen stellt das Grundwassermonitoring anhand einer Präsentation näher dar.<sup>1</sup>

Es sprechen die Herren Otte, Dr. Lengen, Schubert, Martens, Müller und Schaaßberg. Im Kern der Diskussion wird dabei auf die Art der Messungen, die gemessenen Werte, auf einen möglichen Zusammenhang der Werte mit der Deponie und auf eine evtl. Einlagerung radioaktiver Stoffe eingegangen. Herr Jacobsen merkt zu den Punkten an, dass die Messungen durch ein externes akkreditiertes Prüflabor, welches auch der staatlichen Überwachung unterliege, durchgeführt würden. Die gemessenen Arsenwerte am Beispiel GW 101 würden gutachterlich als nicht deponiebürtig, sondern geogen bedingt eingestuft. Dennoch bleibe dieser Bereich in einem verdichteten Monitoring. Erhöhte Tritiumwerte seien nur an der Messstelle 50 festgestellt worden, diese lägen aber weit unterhalb des Grenzwerts.

Zur Frage von Herrn Otte bezüglich der Maßeinheit der Fließgeschwindigkeit merkt Herr Schubert an, dass im Durchschnitt von einer Fließgeschwindigkeit von  $10^{-8}$  m/s ausgegangen werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

##### zu 4.2.2 Optimierung Online-Service (gemeinsame Beratung mit TOP 4.2.4)

Gemäß Beschlussfassung findet eine gemeinsame Beratung mit dem TOP 4.2.4 statt. Die Beratung wird unter dem TOP 4.2.4 zusammengefasst.

---

<sup>1</sup> Anlage 1 - Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

### zu 4.2.3 Größe der Schutzgebietsflächen in Lübeck

Herr Senator Möller schlägt vor, den Vermerk der Niederschrift als Anlage beizufügen.<sup>2</sup> Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

### zu 4.2.4 Situation Kfz-Zulassungsstelle (gemeinsame Beratung mit TOP 4.2.2)

#### Optimierung Online-Service

Herr Rocksien und Herr Jelen berichten anhand einer Präsentation über die momentanen Möglichkeiten des Online-Service in Bezug auf die Bereiche Melde- und Gewerbeangelegenheiten sowie Verkehrsangelegenheiten.<sup>3</sup>

#### Situation Kfz-Zulassungsstelle

Dem Ausschuss liegen der vor der Sitzung umverteilte „Situationsbericht Kfz-Zulassungsstelle“ und mehrere Presseartikel aus anderen Kommunen vor.<sup>4</sup>

Es sprechen die Damen Wind-Olßen, Stockfisch, Albrecht sowie der Herren Zahn, Martens, Ausschussmitglied Möller, Dr. Lengen und Röttger. Unter anderem werden einige Verständnisfragen zum Situationsbericht durch die Herren Jelen und Senator Möller beantwortet sowie eigene Erfahrungen und die Ergebnisse einer Besichtigung vor Ort mitgeteilt. Hauptsächlicher Gegenstand der Beratung ist aber die anvisierte Organisationsuntersuchung der Zulassungsstelle und Stadtteilbüros (StB). In der kontroversen Diskussion wird dabei auf die Kosten/Zeitraum der Untersuchung, eine Trennung der Untersuchung in Zulassungsstelle und StB sowie die Erwartungen an eine Untersuchung eingegangen.

Herr Zahn stellt dazu den folgenden Antrag:

*„Der Ausschuss nimmt den „Situationsbericht Kfz-Zulassungsstelle“ zur Kenntnis und empfiehlt eine zügige Organisationsüberprüfung in zwei Stufen herbeizuführen, welche die Zulassungsstelle und die Stadtteilbüros umfasst. In der ersten Stufe soll dabei die Zulassungsstelle untersucht werden.“*

Herr Schubert lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Zahn bei 13 - Ja, 1 - Nein und 1 - Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

---

<sup>2</sup> Anlage 2

<sup>3</sup> Anlage 3

<sup>4</sup> Anlage 4

## zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

### zu 4.3.1 Anfrage Frau Menorca - Überprüfung Hundesteuermarken

Auszug Niederschrift 17.02.2015 TOP 8.2:

*„Frau Menorca bittet zu einer der nächsten Sitzungen um Informationen, wie viel Hundesteuermarken vom Ordnungsdienst in 2014 überprüft und wie viel Verstöße festgestellt worden sind.“*

Nachrichtlich zur Kenntnisnahme (siehe TOP 2):

Antwort Ordnungsdienst:

*„In 2014 wurden insgesamt 120 HundeführerInnen kontrolliert (in Regel wegen Verstoßes gegen den Anleinzwang). Dabei wurde in 41 Fällen festgestellt, dass keine Hundesteuermarke vorhanden ist. Diese Fälle werden zur weiteren Bearbeitung jeweils dem Bereich Steuern zugeleitet. Wenn Steuerpflicht in Lübeck besteht, werden die Hundehalter ggf. nachveranlagt.“*

### zu 4.3.2 Anfrage Herr Röttger - Holzeinschlag Stadtwald (vorgezogen)

Herr Sturm beantwortet die Anfrage von Herrn Röttger anhand einer Präsentation. Diese wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.<sup>5</sup> Nachfragen der Herren Dr. Lengen und Martens beantwortet Herr Sturm.

Die Frage von Frau Wind-Olßon bezüglich des neuen Forstwirts beantwortet Herr Senator Möller insoweit, dass dieser ein neues Angebot bekommen habe und nicht mehr für die Stadt arbeite. Des Weiteren gebe es noch den Hinweis vom Landesrechnungshof, die Anzahl der Reviere und somit die Anzahl der Revierförster einzuschränken.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

### zu 4.4.1 Verkaufsoffene Sonntage Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag von BM Bruno Böhm - Sitzung der Bürgerschaft 26. März 2015 (VO Nr. 2509) Vorlage: VO/2015/02614 (vorgezogen)

Sitzung der Bürgerschaft am 26. März 2015

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.14 mit VO Nr. 2509 den nachstehend aufgeführten Antrag von BM Bruno Böhm an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung sowie den Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den Kurbetrieb überwiesen:*

***Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!***

---

<sup>5</sup> Anlage 5

## *Verkaufsoffene Sonntage*

*Der Bürgermeister wird gebeten eine Vorlage vorzulegen, in der die Termine für verkaufsoffene Sonntage bis zum Jahr 2020 festlegt werden; analog der bereits fixierten Termine bis 2016.*

Herr Senator Möller merkt an, dass der Ausschuss zum Bericht „Festsetzung von verkaufsoffenen Sonntagen in der Hansestadt Lübeck 2015-2017 (VO/2014/01802)“ eine Festsetzung auf zwei anstatt drei Jahre als Maßgabe empfohlen habe. Als Begründung habe man eine etwaige Kollision der festgesetzten Termine mit anderen Terminen (u.a. Wahlen) angebracht. Eine Prüfung zum Punkt Wahlen durch den Bereich Logistik, Statistik und Wahlen habe ergeben, dass eine höhere oder niedrigere Wahlbeteiligung monokausal nicht auf nur eine Ursache (verkaufsoffener Sonntag) zurückgeführt werden könne. Ergänzend erläutert Frau Kempke das Zustandekommen der Termine für die verkaufsoffenen Sonntage. Mit allen Beteiligten seien die Termine frühzeitig abgesprochen und vorgelegt worden. Leider habe sich das weitere Verfahren durch den Gremienverlauf etwas verzögert und man habe erst Ende 2014 von der Festsetzung der Termine erfahren. Dies sei für viele Unternehmen schon zu spät, da man einen gewissen organisatorischen Vorlauf benötige. Eine Festlegung bis 2020, wie im Antrag gefordert, sei aber auch nicht zielführend.

Es sprechen Frau Metzner, Herr Müller und Frau Wind-Olsson. Man halte eine Festlegung bis 2020 ebenfalls für wenig sinnvoll, eine Festlegung auf zwei oder drei Jahre könne aber angestrebt und der entsprechende Gremienverlauf mit eingeplant werden.

Wenn beim ursprünglichen Verfahren geblieben werde und seitens des Lübeck Management e.V. die Termine bis Mai des Vorjahres vorgelegt würden, dürfte es keine Probleme geben, merkt Herr Senator Möller an.

Herr Dr. Lengen beantragt der Bürgerschaft die folgende Empfehlung auszusprechen:

*„Der Antrag von BM Böhm wird mit der Maßgabe abgelehnt, die Termine seitens des Lübeck Managements e.V. frühzeitig einzureichen und die Termine auf drei Jahre im Voraus festzusetzen“*

Der Ausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Dr. Lengen bei **15** - Ja-Stimmen, **0** - Nein-Stimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

**zu 4.4.2 Umbenennung in Zuwanderungsabteilung Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der SPD-Fraktion - Sitzung der Bürgerschaft 26. März 2015 (VO Nr. 2505) Vorlage: VO/2015/02615**

### Sitzung der Bürgerschaft am 26. März 2015

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.10 mit VO Nr. 2505 den nachstehend aufgeführten Antrag der SPD-Fraktion einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt und Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

#### ***Umbenennung in Zuwanderungsabteilung***

*Der Bürgermeister wird aufgefordert, den Verwaltungsbereich 322.2 Abteilung Angelegenheiten für Ausländer/innen /Staatsangehörigkeiten im Fachbereich 3 Umwelt, Sicherheit und Ordnung in **Zuwanderungsabteilung** umzubenennen.*

*Die Umbenennung soll bis zum Juli 2015 umgesetzt werden.*

Einleitend führt Herr Senator Möller aus, dass 10 Städte in Deutschland am bundesweiten Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge teilnehmen würden. Das Projekt sei auf zwei Jahre ausgelegt (Oktober 2013 bis Oktober 2015). Die Stadt Kiel werde mit 60 TEUR bei dem Wandel von der Ausländer- zur Willkommensbehörde unterstützt. Am Ende des zweijährigen Modellprojekts sollen die Projektinhalte zu Handlungsempfehlungen und Praxisansätzen in Form eines „Werkzeugkoffers“ zusammengefasst werden. Diese „Werkzeuge“ sollten den anderen Ausländerbehörden zur Verfügung gestellt werden, um bei der eigenen Entwicklung zu Willkommensbehörden zu helfen.

Im Zuge der Förderung der Willkommenskultur werden bei der Ausländerbehörde Lübeck bereits die nachfolgenden Maßnahmen umgesetzt:

- mehrsprachige Hinweisschilder
- Auslage und Erstellung/Entwurf von diversen Flyer rund um das Thema Ausländerrecht, u.a. ein Wegweiser zur besseren Orientierung Behörden, Migrantenorganisationen etc.)
- Umfangreiche Informationen auf der Homepage der Ausländerbehörde
- Kunden werden persönlich durch den Sachbearbeiter in das Büro geholt
- abteilungsinterne Fortbildungen (z.B. interkulturelle Kommunikation und Kompetenz, schwierige Gesprächsführung/Deeskalation).

Derzeit werde daran gearbeitet, einen Migrantenbegleitservice der Grone-Schule in den Räumlichkeiten der Ausländerbehörde einzurichten. Weiter führt er aus, dass der Begriff Zuwanderungsabteilung nichts mit den eigentlichen Aufgaben der Abteilung gemein hätte. Wesentliche Einwanderungsdienstleistungen würden von den Fachbereichen 2 und 4 erbracht. Richtiger wäre eher der Begriff „Abteilung für Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten“. Frau Dr. Koop schlägt vor, die Ergebnisse des Modellprojekts im Oktober 2015 abzuwarten.

Herr Zahn beantragt die Vertagung der Überweisung bis zum Vorliegen der Ergebnisse aus dem Modellprojekt.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Zahn bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

## **zu 5      Anträge**

Es liegt nichts vor.

**zu 6      Vorlagen**

**zu 6.1      Bebauungsplan 02.11.00 - Ratzeburger Allee / Gärtnergasse  
- Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2015/02531 (vorgezogen)**

1. *Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) des Baugesetzbuches (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB sowie zur eingeschränkten Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der berührten Behörden nach § 4a (3) Satz 4 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 02.11.00 – Ratzeburger Allee / Gärtnergasse – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck mit den in dem beiliegenden Prüf- und Abwägungsbericht (Anlage 1) dargelegten Ergebnissen geprüft.*

*Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB sowie zur eingeschränkten Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der berührten Behörden nach § 4a (3) Satz 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird in der beigefügten Fassung (Anlage 1) gebilligt.*

*Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

2. *Auf Grund des § 10 BauGB wird der Bebauungsplan 02.11.00 – Ratzeburger Allee / Gärtnergasse – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.*
3. *Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.*
4. *Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.*

Frau Wind-Olßon und Herr Röttger bemängeln, dass mit veraltetem Kartenmaterial gearbeitet worden sei. Die Karte auf Seite 42/58 entspreche nicht den aktuellen Gegebenheiten. Laut Frau Beyerle würden Katasterpläne die Grundlage bilden, auf denen keine Bepflanzung eingezeichnet sei. Dies sei eine Fläche des Lübecker Bauvereins, auf der die Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt würden. Fragen der Herren Müller und Schaaßberg zu den Ausgleichsflächen beantwortet Frau Beyerle. Eine Frage von Herrn Schaaßberg zur Stauwasserbildung beantwortet Herr Otte.

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 14 - Ja-Stimmen, 0 - Nein-Stimmen und 1 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

## **zu 7      Berichte und Antworten**

Es liegt nichts vor.

## **zu 8      Neue Anfragen und Verschiedenes**

### **zu 8.1    Anfrage Herr Dr. Lengen - "Alte Scheune" Moisling**

Herr Dr. Lengen möchte wissen, wie es mit der abgebrannten Diskothek „Alte Scheune“ in Moisling weitergehe, da diese momentan ein Schandfleck in der Gegend sei. Herr Möller antwortet, dass dies auch im Senat thematisiert worden sei. Rechtlich habe man keine Handhabe, um den Eigentümer zu weiteren Schritten zu bewegen, zumal das Gelände vorschriftsmäßig abgesichert sei. Als Stadt wolle man den Eigentümer Hilfe anbieten und gemeinsam eine Lösung finden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 8.2    Anfrage Herr Martens - Ladestationen Elektroautos**

Laut Herrn Martens gebe es in der Hansestadt nur eine Ladestation für Elektroautos und er fragt nach, ob es noch mehrere gebe. Herr Möller antwortet, dass es bei den Stadtwerken auch Ladestationen gebe. Des Weiteren werde ein Mobilitätskonzept im gesellschaftlichen Raum erarbeitet, welches sich mit dieser Frage beschäftige. Hier seien aber weniger die Verwaltung und der Ausschuss, sondern eher die Stadtwerke gefragt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 8.3    Anfrage Frau Metzner - EC-Kartenlesegeräte Stadtteilbüros/Zulassungsstelle**

Frau Metzner fragt nach den Kosten, die für EC-Kartenlesegeräte in den StB und der Zulassungsstelle entstehen würden. Herr Rocksien und Herr Möller antworten, dass die Investition und der Betrieb zu teuer seien.

*Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Frau Lengen als sachkundige Bürgerin, welches der Ausschuss einstimmig beschließt.*

*„Für Frau Lengen sei EC-Karten am Terminal einlesen um damit zu bezahlen ungünstig, weil es bei mangelnder Deckung des Kontos zu einer Rücklastschrift kommen könne, und dann die Zahlung nicht erfolge. Es fielen höhere Verwaltungskosten an. Besser und sicherer bleibe die Bargeldzahlung oder eine im Voraus vom Kunden getätigte Überweisung (Vorauskasse per Banküberweisung), die eben nicht rückgängig gemacht werden könne. Lastschriften könnten vom Kontoinhaber über mehrere Wochen wieder zurück geholt werden.“*

Herr Hopp ergänzt, dass bei jedem Buchungsvorgang über EC-Kartenlesegeräte ein Teil des Betrags an den Servicebetreiber gehe. Dieser Anteil sei jedoch nicht gebührenpflichtig und würde die Erträge der Verwaltung mindern. Des Weiteren gebe es Leistungen der Verwaltung, die der Bürger erst erhalte, sobald die Gebühr vereinnahmt sei. Daher müsste der Bürger nach dem Geldeingang erneut erscheinen, um beispielsweise seinen Personalausweis zu erhalten. Dies sei auch nicht bürgerfreundlich.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 8.4 Anfrage Frau Wind-Olßen - Vereidigung Wehrführer**

Frau Wind-Olßen ist zu Ohren gekommen, dass einige Wehrführer noch nicht vereidigt worden seien. Herr Möller erwidert, dass dafür der Stadtfeuerwehrverband zuständig sei, er sich das aber nicht vorstellen könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 8.5 Anfrage Herr Schaafberg - Baumfällungen Parkhaus Burgfeld**

In Anlehnung an den LN-Artikel vom 21.04.2015 zum Neubau des Parkhauses am Burgfeld möchte Herr Schaafberg gern erläutert haben, woran man „bedeutende Bäume“ von „unbedeutenden Bäumen“ unterscheide. Des Weiteren sei es interessant zu wissen, welche 40 Bäume gefällt werden sollen. Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 8.6 Verschiedenes Herr Senator Möller - Bürgerkoffer**

Herr Senator Möller berichtet, dass man sich bei Dataport über den mobilen Bürgerkoffer informiert habe. Demnach würden die schleswig-holsteinischen Kunden Dataports diesen gar nicht einsetzen. Auch habe sich der Bürgerkoffer bundesweit nicht etabliert. Grund dafür könne sein, dass an jeder mobilen Stelle eine Freischaltung des Internets zu den Verfahrensservern existieren müsse. Hier trete die Problematik des Datenschutzes in Kraft. Es müsste somit eine verschlüsselte Internetverbindung aufgebaut werden (personenbezogene Daten). In Abhängigkeit der Leitungskapazität der Verbindung vor Ort könnten extreme Performanceprobleme auftreten. In Hamburg seien die mobilen Bürgerdienste getestet und aufgrund der Verbindungsprobleme wieder eingestellt worden. Weiterhin müsse das mobile Gerät wie ein Citrix-Client behandelt werden. Dafür müsste man das OK.EWO in einer Citrix-Farm bereit stellen. Das sei in Lübeck aktuell nicht der Fall.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Gemäß der Beschlussfassung unter dem TOP 2 wird kein nichtöffentlicher Teil hergestellt.*

Es liegt nichts vor.

Öffentlicher Teil:

**zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Herr Schubert schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Lübeck, den 23. April 2015

Hans-Jürgen Schubert  
Vorsitzender

Maik Schneider  
Protokollführung